
BUND - Brief



Mitgliederrundbrief für Marburg - Biedenkopf

August 2015

Liebe Mitglieder,

Ende Juli feierte der BUND sein 40 jähriges Bestehen. In Marktheidenfeld, dem Ort an dem sich der BUND vor 40 Jahren gründete, wurde mit einem Festakt an das Jubiläum erinnert. Mit knapp 540 000 Mitgliedern und FörderInnen (Stand 2014) ist der BUND inzwischen zu einem mächtigen und einflussreichen Verband herangewachsen. Durch die Mitgliedschaft bei Friends of the Earth International ab dem Jahr 1989 wurde es möglich auch auf globaler Ebene aktiv zu sein. Von Anfang an hatte der BUND zwei Wurzeln, nämlich den klassischen Naturschutz und den breit angelegten Umweltschutz. Bis heute versucht er beides zu verknüpfen, was nicht immer einfach ist.



Weil nur ein starker Verband mit vielen Mitgliedern seine Ziele voranbringen kann, führt der BUND Naturschutz Bayern in

diesem Jahr erneut zwei Mitgliederwerbungen bei uns in Marburg durch. In der Werbewoche im Mai wurden etwa 70 neue Mitglieder für unseren Verband gewon-

nen. In der letzten Oktoberwoche soll eine zweite Werbung stattfinden. Für alle bis dahin neu gewonnenen Mitglieder planen wir ein Begrüßungs- und Einladungsschreiben sowie eine eigene Veranstaltung mit den Neugeworbenen. Voraussichtlich verbinden wir dieses Treffen mit dem ebenfalls geplanten veganen Brunch, den die BUNDjugend Hessen mit uns organisieren möchte.



Unser vielseitiges Exkursionsprogramm zu Störchen an der Radenhäuser Lache, alten Bäumen im Amöneburger Becken oder nach Friedelhausen, zur Par Allna und der Zeiteninsel fand großen Anklang. Es steht noch eine Pilzexkursion im Oktober aus, die dann wie üblich zeitnah auf unserer Homepage und in

der Zeitung mit genauen Daten angekündigt wird.

Bereits zum 10. Mal fand vom 20. bis 24. Juli auch in diesem Jahr der Flusskindergarten statt. Dieser wird in Kooperation vom BUND mit dem Fachdienst Kinderbetreuung der Stadt Marburg und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) durchgeführt. Eine Woche lang schippern die Kinder mit dem Floß des DLRG auf der Lahn. Eine zweite Gruppe von Kindern geht zusammen mit uns auf Entdeckungsjagd nach Wassertierchen ans Wehr, ausgerüstet mit Sieben, Eimern und Bechern. Mit Lupen werden die Tierchen identifiziert, beobachtet und hinterher wieder in die Lahn entlassen.



Immer erneut faszinierend sind die vielen Funde der Kinder, ihr Staunen und ihre Begeisterung. Ebenso spannend ist das von den Kindern selbstgebaute Modell einer Kläranlage, das eindrucksvoll die Verwandlung von schmutzigem in sauberes Wasser zeigt. Die geheimnisvolle Welt am und im Wasser ist für kleine und große Beteiligte in jedem Jahr eine reiche Erfahrung. Ich möchte mich bei Anne Gon-

nermann, Gabriela Laubach und Heinz Heintzmann sehr herzlich bedanken, die auch in diesem Jahr zum Gelingen des Flusskindergartens freudig beigetragen haben.

Noch lagern im Keller der BUND-Geschäftsstelle mehrere Kisten mit köstlichem Apfelsaft, der darauf wartet, dass er geholt und getrunken wird. Denn es bahnt sich schon die neue Ernte an. Die Apfelbäume im Heiligen Grund hängen voller Früchte und warten auf uns.



Wir haben auch schon Apfelerntetermine festgelegt.

Und zwar für Samstag, den 10. Oktober und Samstag, den 17. Oktober. Wie üblich treffen wir uns um 10.00 Uhr Alte Kirchhofgasse 10 in Ockershausen, um dann zu den Apfelbäumen zu gehen.

Wir freuen uns auf viele fleißige Helferinnen und Helfer an einem hoffentlich sonnigen Herbsttag im reizvollen Heiligen Grund.

Wie schon vielfach erwähnt, führen vor allem die Maßnahmen der Energiewende zu Irritationen zwischen den global denkenden Klimaschützern und den eher regional denkenden Natur- und Landschaftsschützern. Dieser Streit führt zu Konflikten auch innerhalb des BUND. So bedeutet beispielsweise für die einen der Bau von Windkraftanlagen eine Gefahr für Landschafts- und Artenschutz, für die an-

dern ist Klimaschutz ohne Energiewende unvorstellbar. Aus diesem Zwiespalt hat sich in Bayern eine neue Gruppierung um einige ehemalige BUND Mitglieder gegründet, die „zu den Ursprüngen des Naturschutzes zurückkehren wollen“. Andererseits ist gleichzeitig ein sehr prominentes und verdienstvolles Mitglied ausgetreten, weil seiner Meinung nach im BUND zu viel Wert auf Naturschutz gelegt und die Energiewende behindert wird.



ADAM ZYGLIS/BUFFALO NEWS - BUFFALONEWS.COM

So zeigt sich überdeutlich, Energiewende und Klimawandel sind nach wie vor die allseits präsenten Themen. Sorge bereitet, dass sowohl der globale Energieverbrauch als auch der Ausstoß an Treibhausgas-Emissionen zunimmt, weltweit und auch bei uns in Deutschland. Verursacht wird dies auch durch

eine Steigerung der klimaschädlichen Stromproduktion Braunkohle, die auf den höchsten Stand seit 1990 geklettert ist. Braunkohle ist nicht nur der klimaschädlichste fossile Brennstoff, sondern richtet durch ihre Förderung im Tagebau schlimme Verwüstungen an. Der Kultur- und Naturfrevel sowie das durch die Umsiedlung verursachte menschliche Leid sind verheerend. Ganze Dörfer mit Häusern, Kirchen und Friedhöfen verschwinden unter den Baggerschaufeln. Die erst kürzlich getroffene Entscheidung, nur wenige Kraftwerksblöcke abzuschalten, diese in eine Kapazitätsreserve überzuführen und dafür die Konzerne jährlich mit großzügigen Entschädigungen in dreistelliger Millionenhöhe für voraussichtlich fünf Jahre zu belohnen, ist ein Schritt in die falsche Richtung. Gleichzeitig werden moderne Gaskraftwerke abgeschaltet, weil sich klimaschonende Kraftwerke ange-

lich nicht rechnen. Zusammen mit der Deckelung von Solar- und Windenergie erleiden auch hier alle Anstrengungen für einen Klimawandel einen Rückschlag. Mehr denn je sind die Umstellung auf erneuerbare Energien und der Ausbau von Energieeffizienz und Energiesparmaßnahmen dringend geboten.



Eine weitere Herausforderung ist die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP (transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement), die im Herbst in die letzte Phase tritt. Da beide Abkommen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedrohen, rufen der BUND zusammen mit vielen andern Organisationen zum Widerstand auf. Und so findet am 10. Oktober 2015 um 12.00 Uhr eine bundesweite Großdemonstration in Berlin vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor statt. Die Gefahren für Mensch und Umwelt veranlassen den BUND diese Abkommen abzulehnen.

Kommen Sie zu unseren Exkursionen und Aktionen, bringen Sie sich ein und streiten Sie gemeinsam mit uns Natur-, Umwelt- und Klimabedrohungen abzuwehren.

Uns allen wünsche ich einen erfreulichen Spätsommer und Herbst,

Ihre Traude Ackermann

Der Mensch hat dreierlei Wege klug zu handeln:

Durch Nachdenken ist der edelste, durch Nachahmen der einfachste, durch Erfahrung der bitterste.

Konfuzius

Editorial..... 1

A 49: Finanzierungsklimmzüge für ein überflüssiges Projekt 7

Marburger (Rad)-Verkehrspolitik 10

Massive Reduzierung von Sozial- und Umweltstandards: kein TTIP, kein CETA!..... 17

Zum internationalen Tag der Umwelt..... 20

Auch uns haben die neuen Medien erreicht: 22

BUND Adressen..... 23

**Apfelsaft von Äpfeln aus eigenem Streuobstwiesenbestand
im Heiligen Grund**

Preis Kiste (6x1l) 11,60€ + 2,40€ Pfand



A 49: Finanzierungsklimmzüge für ein überflüssiges Projekt

Das Bundesverwaltungsgericht wies im April diesen Jahres die Klage von BUND und NABU gegen den Bau des Abschnitts VKE 40 (Stadtallendorf – Gemünden/A 5) ab, so schrieben wir in unserem vorletzten Rundbrief. In der Zwischenzeit besteht für diesen Abschnitt immer noch kein Baurecht, da es noch eine Privatklägerin gibt, über deren Einwände das Gericht endgültig noch nicht entschieden hat. Fazit des status quo: Es besteht faktisch Baurecht für die beiden ersten Abschnitte (VKE 20: Bischhausen – Treysa und VKE 30: Treysa – Stadtallendorf). Konkret mit dem Bau im Abschnitt VKE 20 (eines Tunnels und diverser Teilstraßenbauwerke) begannen die Projektbefürworter bereits vorletztes Jahr.

Eine realistisch nachvollziehbare Entkräftung unserer Argumente zur richterlichen Überprüfung des verkehrlichen Bedarfs, möglicher alternativer Trassen, der standortspezifischen Belastung der Böden mit Nitratreinträgen sowie des massiven Eingriffs in die Habitate europäisch geschützter Flora und Fauna erreichten das beklagte Ver-



kehrsministerium, das Gericht wie auch die derzeitig händeringend nach Finanzierungslösungen suchenden Politiker allerdings nicht.

Ganz im Gegenteil. In den letzten Wochen liefern sich heimische wie weniger heimische Politiker in -im wahrsten Sinne des Wortes- Stadt und Land hochnotpeinliche Wortgefechte über die offenbar dringend notwendige Einigung auf Finanzierungsmodelle für das Projekt. Da formuliert ohnehin auf der einen Seite die Koalitionsvereinbarung der schwarz-grünen Landesregierung den Bau aller noch zu realisierenden Abschnitte -also von Bischhausen bis zur A 5- nur bei Zusicherung (des Bundes) der vollständigen Finanzierung der gesamten hier geplanten A 49. Dies

bedeutet schlicht und ergreifend, dass ohne Bereitstellung der Gesamtmittel keinerlei (Weiter-)bau erfolgt.

Gleichzeitig aber übertreffen sich auf der anderen Seite Lokal-, Landes- wie Bundespolitiker in der Anpreisung eines sich übrigens bisher mitnichten als Heil erwiesenen Modells der sogenannten Public Private Partnership (PPP; frei übersetzt etwa Öffentlich-Private Finanzierungscooperation). Gesucht werden also finanziell po-

tente und natürlich am Projekt interessierte (Groß-)investoren, die gerade auch zu eigenem Nutzen in die Vorfinanzierung treten. Die Amortisation ihrer Investitionen erfolgt etwa über das ihnen zugesprochene Recht, über die nach Fertigstellung und Nutzungsbeginn der Trasse eingehenden Mauteinnahmen zu verfügen.



Alle Beteiligten wissen seit Jahren um die Fragwürdigkeit solcher Modelle. Der Bundesrechnungshof rechnete einmal die Kosten bei bisherigen solchermaßen realisierten Straßenbauprojekten durch: mit vernachlässigbar wenigen Ausnahmen erwiesen sich alle als (natürlich letztlich für die öffentliche Hand) teurer. Und selbst die durchaus hinsichtlich kritischer Einwände gegen den Straßenbau völlig unverdächtige heimische Presse merkte an, dass solch ein Modell mittlere bis kleinere Unternehmen wohl eher außen vor lasse statt die heimische Wirtschaft zu stärken. So demonstriert also die in den vergangenen Wochen hierzu geführte Debatte nur Unwissen, Taktieren und ein Erzwingen von Lösungen unter den Beteiligten zwischen Hessen und Berlin.

Diverse Gespräche mit dem Bundesverkehrsminister -so entnimmt man jüngst der lokalen Presse- hätten die Zusicherung der Finanzierung des Ab-



schnittes VKE 20 zum Ergebnis gehabt. So? Wie verbindlich und übrigens wie abgesprochen mit dem Kollegen Finanzminister bleiben solche politisch wohlfeilen Bekundungen. Und wenn man dann zudem noch von einer -wie auch immer zu deutenden- sicheren Finanzierung der beiden anderen Abschnitte über PPP liest, reibt man sich noch verwunderter die Augen.

Einer ganzen Region hier in Mittelhessen soll offensichtlich nach der kompletten Ignoranz hinsichtlich aller inhaltlich wesentlichen Vorbehalte gegenüber diesem Projekt nun Hals über Kopf mit Blick auf die Finanzierung „grünes Licht“ suggeriert werden. Umwelt- und Naturschutzverbände sowie die einschlägigen Bürgerinitiativen lassen vor diesem Hintergrund erst recht nicht locker, ihre mehr denn je gültigen Argumente gegen die Realisierung dieses Projekts deutlich und erkennbar vorzutragen.

Wolfgang Schuchart

**Essgeschirr, Kaffeegedecke,
Alt-, Sekt-, Weingläser, Besteck**
15 Cent/geliehenes Geschirrtteil



Marburger (Rad)-Verkehrspolitik

- Gedankensplitter aus dem Marburger Westen -

Prolog

In der Berichterstattung der OP in den zurückliegenden Wochen nimmt das Thema Radverkehr in und um die Stadt Marburg einen höchst erfreulichen Stellenwert ein. Schaut man näher hin, macht sich allerdings Ernüchterung breit: Eher erschöpft sich die Szenerie in einem Hickhack von Schuldzuweisungen über tatsächliche oder vermeintliche Fehlplanungen und die nicht enden wollende Vorwurfsdebatte über das Verhalten der jeweils anderen Verkehrsteilnehmer in der Gemengelage Fuß-, Rad- und Autoverkehr. Von zukunftsweisenden Planungen und effizienten Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs für den alltäglichen Mobilitätsbedarf - mit dem gebotenen Vorrang vor dem Freizeitbedarf - hört man eher nichts. Und merkwürdig: Die größten Debatten entspinnen sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung von Neubauprojekten, die doch im Planungsvorlauf allen Beteiligten zur Prüfung und Beratung zur Verfügung gestanden haben. Aktuelle Beispiele sind der Bahnhofsvorplatz und der seit wenigen Tagen fertig gestellte Kreisel im Stadtteil Cappel. Viel Lärm um den Schnee von gestern.

Derartige Auseinandersetzungen bleiben der Politik und den Bürgern in den westlichen Stadtteilen von Marburg „zum Glück“ erspart. Hier gibt es vorsorglich gar keine Verkehrsbauten für den Radverkehr, über deren Ausführung man sich erregen könnte. Umso mehr allerdings könnte man an der Engstirnigkeit und Ignoranz verzweifeln, mit der bei grundlegenden Um- und Ausbauten vorhandener Kreis- und Landesstraßen die Zukunftsoption Radverkehr auf Jahrzehnte verspielt wird. Teilweise wird das Risiko für den Radverkehr durch die Ausbauten massiv erhöht, wie weiter unten mit Beispielen belegt wird.

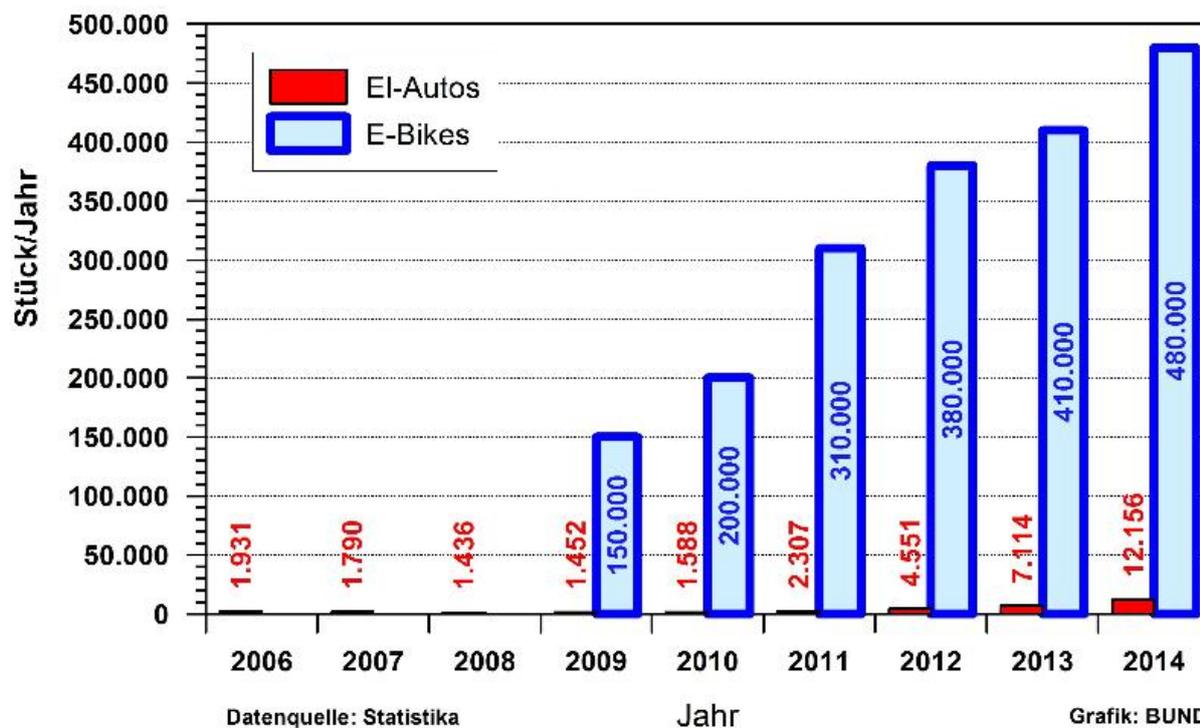
Zauberformel Elektromobilität

Aus der Notwendigkeit zur Energiewende ist für den Verkehrssektor der strategische Ansatz Elektromobilität entwickelt worden. Fatal ist allerdings, dass es der

Automobil-Lobby nach wie vor gelingt, die Elektromobilität in den Köpfen der Bürger, Politiker und Planer auf die Automobilität zu reduzieren. Dieser Lobbyerfolg führt dazu, dass das Potential vernetzter Mobilitätsstrategien nicht verstanden und demzufolge auch nicht mit qualifizierten Planungen operationalisiert wird. Tatsächlich hätte sich Mobilitätsplanung bewusst zu sein, dass für eine umweltschonende Mobilitätspolitik mindestens die Verkehrsträger Bahn, Seilbahn, E-Bike und das Elektroauto als Lösungselemente vorurteilsfrei für integrierte Planungsansätze in den Blick zu nehmen sind.

Aufschlussreich ist demgegenüber die folgende Grafik zum gegenwärtigen Stand der Verbreitung der Verkehrsmittel Elektroauto und E-Bike.

Entwicklung der Markteinführung von Elektroautos und E-Bikes in der BRD im Zeitraum 2006-2014



Fazit: Das E-Bike wird von den Bürgern in hohem Maß als Verkehrsmittel angenommen, während das Elektroauto ein unbedeutendes Schattendasein fristet. Seine wesentliche Funktion besteht offensichtlich in seiner Alibifunktion zur Rechtfertigung einer weiteren einseitig das Auto berücksichtigenden Straßenausbaupolitik.

Für die Verkehrspolitik in unserem Landkreis muss die Option E-Bike endlich als Quantensprung für die Mobilitätspolitik angenommen werden. Die Ausrede, dass die Platzierung leistungsfähiger Fahrradmobilität nur in ebenen Geländestrukturen aussichtsreich sei, gilt nicht mehr. Die Aktionsfelder müssen mit konkreten baulichen und verkehrslenkenden Maßnahmen auf die umgebenden Hügellagen der Marburger Stadtteile ausgedehnt werden. Dazu fehlen bisher konsistent übergreifende Planungen und offensichtlich auch die gebotene konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Stadt Marburg und dem Landkreis. Ohne diese Zusammenarbeit wird es keine Fortschritte geben, weil in diesen Bereichen der Landkreis verantwortlicher Träger der dominierend in Frage kommenden Kreisstraßen ist.

Die Planungskrücke Bedarfsermittlung

Immer wieder geht es um das Problem einer Beseitigung des Unfallrisikos für den Radverkehr außerhalb der bebauten Ortslagen durch Bau einer gesonderten Radwegtrasse ggf. als kombinierter Rad- und Fußweg. Konkrete Fälle:

Oberer Rotenberg von Marburg mit Verkehren in Richtung Wehrshausen, Dagobertshausen, Elnhausen, Gewerbegebiet Görzhäuser Hof/Michelbach.

Kreisstraße zwischen Dagobertshausen und Elnhausen.

Die notwendige Bedarfsprüfung zur Aufnahme derartiger Projekte in finanzielle Förderprogramme stützt sich dominierend auf das Kriterium einer Auszählung des derzeit stattfindenden Radverkehrs. Die methodische Absurdität eines derartigen Vorgehens ist offensichtlich: Je höher das Risikopotential für den Radverkehr, um so weniger Radverkehr findet statt. Die auf dieser Grundlage ermittelten Zählraten sind demzufolge die Feststellung eines eigentlich zu behebenden verkehrlichen Missstandes. Tatsächlich werden sie unbesehen missbraucht als angeblicher Beleg dafür, dass kein Handlungsbedarf besteht. Auf diese wundersame Weise erzeugt der Missstand seine behördlich überprüfte Fortsetzung, gewissermaßen als ein perpetuum (im)-mobile.

Die Beispiele

Positiv:

Wir haben nur ein einziges positives Beispiel finden können: Innerhalb des neu entstandenen Gewerbegebietes Görzhäuser Hof ist die Straßenführung der Kreisstraße mit einem separaten Rad- und Fußweg bestückt.

Negativ Fall 1:



Der beschriebene kombinierte Rad- und Fußweg Görzhäuser Hof existiert lediglich als Stummel innerhalb eines Teilbereiches des Gewerbegebiet, obwohl das Verkehrrisiko für den Radverkehr außerhalb

des Gebietes aufgrund höherer Fahrgeschwindigkeit als signifikant höher zu beurteilen ist (Kreisstraße K 79).

Negativ Fall 2:

Als besonders krasse Fehlleistung der Missachtung des Sicherheitsbedürfnisses für den Radverkehrs bewerten wir den in jüngster Zeit erfolgten Ausbau der Landesstraße L 3092 auf der Verkehrsrelation Marburg-Marbach nach Caldern. Besonders im kritischen Fokus steht dabei der Abschnitt zwischen den Kreisverkehrsinseln Görzhäuser Hof und dem Knoten K 77/L 3092 auf der Relation Dagobertshausen/Michelbach. Hier wurde mit dem Ausbau richtig geklotzt: Aufwändige Auffüllung und Verlagerung der Trasse mit gestreckter Linienführung auf eine lang gezogene Dammrampe mit steilen Böschungen. Entstanden ist eine Art Rennstrecke mit einer Ausbauqualität, die mancher Bundesstraße zur Ehre gereichen würde. Statt zuvor angemessenem Geschwindigkeitsniveau im Bereich 70-80 km/h kann dieser Streckenabschnitt mit unbegrenzter Geschwindigkeitsentfaltung durchrast

werden. Der Radfahrer sieht sich eingezwängt in einem Leitplankenkanal, der ihm im Notfall das Ausweichen in den Böschungsbereich nicht ermöglicht, ein seitlicher Sturz - z.B. als Folge einer Überholung durch ein Kfz bei gleichzeitigem Gegenverkehr lässt nur den erbarmungslosen Aufprall auf die Leitplanke zu. Weder gibt es eine Radfahrspur noch wurde bei der Dammaufschüttung die Option einer Geländereserve für die eventuell spätere Ergänzung mit einer Radspur als Option berücksichtigt. Dass derart gestaltete Trassen eine Bedarfsprüfung für den eventuellen Bau einer gesonderten Radwegführung nach dem oben beschriebenen Verfahren mühelos überstehen, kann nicht verwundern.



Negativ-Fall 3:



Als medaillenverdächtigen Schildbürgerstreich bewerten wir den Fall der Nichtverlängerung des Radweges von Dagobertshausen nach Elnhausen im Zuge des geplanten Ausbaus eines in die Jahre gekommenen Teilstückes der Kreisstraße K 77. Für diesen Ausbau wurde ein Planfeststellungsverfahren durch-

geführt, an dem der BUND Kreisverband sich mit einer ausführlichen Stellungnahme beteiligt hat. Dabei hat er gefordert, dass im Zuge dieses Ausbaus der bereits auf halber Strecke bestehende straßenparallel bestehende Radweg bis in die Ortslage Elnhausen weitergeführt wird. Dies insbesondere im Hinblick auf die infrastrukturellen Verknüpfungen von Dagobertshausen an Elnhausen. Mit dieser

Forderung ist der BUND an der Bürokratenallianz Landkreis/Hessenmobil ebenso gescheitert wie die Stadt Marburg und der Ortsbeirat Dagobertshausen. Nach dem Lösungsprinzip: „Perfektionierte Piste für das Auto, Landwirtschaftliche Schlammwege durch die Pampa für den Radverkehr“ wurden alle Überlegungen einer wenigstens gleichberechtigten Berücksichtigung der Verkehrsbedürfnisse Radverkehr abgebügelt.

Wirkungen und Folgen

Die gesteigerten Unfallrisiken für den Radverkehr aus der einseitigen Optimierung der Kreis- und Landesstraßen für Lkw- und Pkw-Verkehr spiegeln sich in dem schweren Unfallereignis am 26.8.2015 auf der Kreisstraße zwischen Michelbach und Sterzhausen. Gemäß OP-Bericht vom 27.8. wurde ein Radfahrer von einem Pkw erfasst, der trotz Gegenverkehr zu einem Überholvorgang angesetzt hatte. Mit der Verbesserung des Ausbaugrades einer Straße steigt die Risikobereitschaft, Fahrradfahrer auch in Gegenverkehrssituationen zu überholen und dies bei gesteigerter Geschwindigkeit.

Vorschläge und Forderungen

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf und seine Kommunen müssen ihre bisherige Verkehrspolitik überdenken. Mit Hochglanzbroschüren, dem Druck neuer Karten oder politischen Erklärungen wird es zu keiner signifikanten Steigerung des Anteils des Verkehrsmittels Fahrrad kommen. Sicherlich kann nicht überall und gleichzeitig Abhilfe geschaffen werden. Völlig inakzeptabel ist jedoch, wenn - wie in den Beispielfällen dokumentiert - größere Eingriffe in die vorhandene Straßensubstanz stattfinden, ohne dass gleichzeitig entscheidende Verbesserung in der Qualität des Radverkehrsangebotes realisiert werden. Die für Straßenbaumaßnahmen bereitgestellten Geldmittel sind entsprechend zu quotieren.

Im Umfeld z.B. der Stadt Marburg mit ihren Stadtteilgemeinden muss der Kreis seine Verantwortung aus seiner Trägerschaft für die Kreisstraßen in eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadt Marburg einbringen. Das teilweise stattfindende

Zuständigkeits-Ping-Pong sollte durch integrative Handlungs- und Planungsstrukturen ersetzt werden.

Die Chancen aus dem technischen Fortschritt des E-bike sind zu operationalisieren. Für die publikumswirksame Einrichtung von Akkuladestationen besteht kein Bedarf.



In innerörtlichen Bereichen bestehen vielfach aus baulichen Gründen keine Möglichkeiten zur Ausweisung gesonderter Radspuren. Hier unterstützt der BUND den Vorschlag des ADFC auf Einrichtung von Strecken mit Beschränkung auf eine Fahrgeschwindigkeit von 30 km/h. Ein Beispiel: Seit der Einrichtung einer 30 km-Beschränkungszone im unteren Abschnitt der Straße Köhlersgrund in Marburg-Marbach hat sich die Situation auf dieser faktischen Fahrradmagistrale spürbar entspannt. Riskante Überholvorgänge bei Gegenverkehr sind Vergangenheit. Die 30 km-Zone sollte aus dieser Erfahrung auf die gesamte Strecke zwischen Ketzlerbach bis Oberer Rotenberg ausgedehnt werden.



Nach Meinung des BUND muss es bei einem Radweg nicht immer die teuerste Ausbauvariante sein. Mit Ausnahme von Steilstrecken sind sog. sandgebundene Schotterdecken eine kostengünstige Alternative nach dem Vorbild des Wegestücks am Afföller Wehr in Marburg.

Am 15. September 2015 veranstaltet der Landkreis Marburg-Biedenkopf eine öffentliche Konferenz zum Thema Radverkehr. Auf die Ergebnisse sind wir gespannt!

H. Gonnermann

Massive Reduzierung von Sozial- und Umweltstandards: kein TTIP, kein CETA!



Die über weite Strecken ohne Partizipation der Öffentlichkeit verhandelten Abkommen suggerieren deutliches Wirtschaftswachstum, nennenswerte Schaffung von Arbeitsplätzen und eine erhebliche Senkung von Zöllen. Diverse Institute und Studien widerlegen bereits jetzt die ausnehmend hohen Erwartungen. Sieht man von der partiellen Beseitigung der Zollschränken -sie entstehen übrigens erneut hinsichtlich der Länder der sogenannten dritten und vierten Welt – ab, erreichen und bezwecken die Handelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) und „Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)“ vielmehr einen gravierenden Einschnitt in soziale und arbeitsschutzrechtliche Bestimmungen sowie eine rigorose Reduzierung ökologischer Standards.

Die wahre Intention der zwischen den USA und Europa respektive Kanada und Europa avisierten Abkommen bleibt jedoch die vermeintlich positive Angleichung

von bisher jeweils unterschiedlichen technischen Standards sowie Regulierungen und Regeln in unterschiedlichen ökonomischen Feldern zu ihren Bedingungen. Dabei geht es ebenso um Bereiche wie Lebensmittel und Landwirtschaft wie um maßgebliche Branchen wie Automobile, Chemikalien, Medikamente oder Medizintechnik.

Und solche Bedingungen dürften sich ausnahmslos an Kriterien orientieren, die eine optimale Vermarktung der Produkte und Dienstleistungen sowie deren ungehinderten Export wie Import garantieren. Ein viel zu selten thematisierter Aspekt dabei scheint mir die (noch weitaus dramatischere) Verschlechterung der Handelsbeziehungen zu solchen Staaten zu sein, die das Abkommen nicht einbezieht oder die schlicht nicht teilnehmen können oder aus guten Gründen nicht wollen. Die Möglichkeiten auf dem Weltmarkt werden sich also zu Lasten der bereits jetzt ärmeren und ärmsten Nationen noch weiter verschlechtern.

GIBTTIP KEINE CHANCE

Hinsichtlich der speziell uns betreffenden ökologischen Standards setzte sich -durchaus auch hart erkämpft- in Europa zusehends ein Vorsorgeprinzip durch, welches bereits vor Beginn der Vermarktung eines Produkts hohe Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen zum Schutz der Verbraucher und Anwender formuliert. Dies nimmt sich etwa in den USA überwiegend gänzlich anders oder gar entgegengesetzt aus. Zahl und Intensität solcher Schutzregularien tendieren dort gegen Null und lassen ein Produkt oder ein Verfahren so lange als für den Konsum und die Nutzung ungefährlich gelten, solange nicht wissenschaftlich durch entsprechende Studien die Schädlichkeit nachgewiesen wird. Und solche Nachweise wird die Industrie mit aller Macht zu verhindern wissen.

Im Bereich der Landwirtschaft etwa nutzen die USA wachstumsfördernde Hormone, verwenden Antibiotika, setzen Pestizide oder spezielle Futtermittelzusätze ein: und dies oft im Maßstab riesiger landwirtschaftlich-industrieller Einheiten. Dies

kann und will ein Verband wie der BUND, der sich einer bäuerlich-nachhaltigen Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung verschrieben hat, unmöglich goutieren. Ähnliches droht bei sogenannter Angleichung von Standards auch im Bereich der Gentechnik. Anspruchsvolle Zulassungsverfahren, besondere Regulierungen gentechnisch veränderter Pflanzen oder die Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen stünden dann zur Disposition. Die Liste der Schrecknisse ließe sich im Bereich der Chemie-, Energie- und Klimaschutzpolitik, ja selbst mit Blick auf Naturschutz und biologische Vielfalt, beliebig verlängern.

Und da war überhaupt noch nicht die Rede davon, wer sich bei der Formulierung von Regularien und Abkommen in den jeweiligen Verfahren wie oder mit welcher Lobbykraft und letztlich sogenannten unabhängigen Investor-Staat-Schiedsverfahren durchsetzt. Wie die Kräfte und Einflussmöglichkeiten da verteilt sein werden, ahnen wir. Zu befürchten steht, dass sie nicht bei denjenigen Staaten, Gruppen und Organisationen liegen werden, die sich der Stabilisierung bestehender sozialer und ökologischer Standards verschrieben haben.

So ruft also auch der BUND zu einer machtvollen Demonstration und Kundgebung am 10. 10. 2015 nach Berlin (siehe auch Hinweis im Editorial) auf. Setzen wir uns weiter für die gute ökologische und soziale Sache ein: Kein TTIP und kein CETA!

PS: Interessierten sei die BUND Position (Nr. 62) „Das Gemeinwohl ist nicht ver(frei)handelbar“ ans Herz gelegt.

Wolfgang Schuchart



Zum internationalen Tag der Umwelt

Die Windkraftgegner, die keine Windkraftanlagen sehen wollen, machen es sich leicht. Sie bleiben die Antwort schuldig, wo der Strom ohne Kohle und Atom her kommen soll. Von Gazprom, aus Fracking, aus



Biomasse mit immer mehr Energiepflanzenanbau? Oder von der doppelt so teuren Offshore-Windenergie, die noch mehr Leitungen von Nord nach Süd erfordert? Dagegen protestieren Andere. Die Leitungen werden aber nicht über die windgünstigen Höhen verlaufen.

Die Windkraftgegner bleiben auch die Antwort schuldig, wie die Erderwärmung noch begrenzt werden kann. Denn die international angestrebten nur 2 Grad Erwärmung sind kaum noch zu erreichen. Es könnten bis zu 8 Grad werden, so Dr. Franz Alt am 30. 5. beim 3. Energietag des Landkreises Gießen in der Fernwaldhalle.

Schon lange schmelzen die Gebirgsgletscher, das Grönlandeis und das Polareis und schon werden flache Inseln in der Südsee und Karibik überflutet und unbewohnbar. Wir erleben häufiger Stürme, Starkregen, „Jahrhundertfluten“, Tornados, Hitzeperioden, Dürren und Waldbrände, Wassermangel, Hunger und Klimaflüchtlinge. Der Hitzesommer 2003 mit bis über 40°C forderte nach der Münchner Rückversicherung 23.000 direkte Opfer in Europa.

Millionen von Menschen führen durch den Klimawandel schon heute einen Kampf ums Überleben: extreme Dürren, Wirbelstürme und Überschwemmungen nehmen zu und führen zu Hunger, Not und Elend in den ohnehin ärmsten Ländern der Welt. Auch bei uns wirken sich steigende Temperaturen zunehmend auf die Landwirtschaft und unsere Gesundheit aus.



Der Meeresspiegelanstieg wird Millionen Menschen vertreiben, z. B. in Bangladesch, ein Staat nur zwei Mal so groß wie Bayern aber mit 150 Mio. Einwohnern. Wo sollen sie hin? In Europa werden

Deicherhöhungen die Küsten vorübergehend schützen, noch stärkere Flutkatastrophen die Niederlande und Venedig. Was schützt die Hafenstädte? Das Wattenmeer wird überflutet.

In Afrika und Mittelamerika erzeugen verschlechterte Umweltbedingungen Flüchtlingsströme. In Indien sind nach Pressemeldungen in diesen Wochen 1.400 Menschen bei Temperaturen bis zu 50°C an der Hitze gestorben, es sind die Ärmsten, die im täglichen Lebenskampf der Sonne nicht entfliehen können, egal?

Fluten, Stürme, Hitze, Dürren, Starkregen, Hunger und Flucht werden sich noch mehr häufen. Die Windkraftgegner mögen sich das Leben ihrer Enkel auf der künftigen Erde vorstellen. Windkraftanlagen werden sie vermutlich nicht kritisieren.

Man kann von den Windkraftgegnern verlangen, dass sie wenigstens die eigenen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Klimawandels realisieren: Verringerung des Heizbedarfs auf ein Viertel oder weniger, Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik an ihren Häusern zur Kompensation des Wertverlustes, den sie befürchten wegen sichtbarer Windkraftanlagen. Verringerung des Stromverbrauchs durch die effizientesten Geräte, LED-Beleuchtung, Auto mit weniger Verbrauch, Nutzung von Fahrrad, E-Bike, E-Roller, E-Auto, Bus und Bahn, Car-Sharing, etc. Also, etwas tun für die Kinder und Enkel! Angela Merkel: "Die Klimafrage ist die Überlebensfrage der Menschheit."

Martin Krauß, LAK Energie

Auch uns haben die neuen Medien erreicht: Versand des Rundbriefs als e-mail oder Broschüre

Viele Mitglieder sprachen uns in der Vergangenheit darauf an, ob sie nicht den Rundbrief künftig als e-mail-Version und nicht mehr als Broschüre erhalten können.

Um diesem Wunsch nach zu kommen, möchten wir unsere Mitglieder gerne fragen, ob sie den Rundbrief künftig entweder nur als e-mail-Version oder aber (weiterhin) nur als Broschüre bekommen möchten.

Diejenigen, die ihn künftig nur noch in der Form des e-mails lesen möchten, senden uns bitte möglichst kurzfristig ihre e-mail-Adresse, damit wir ihnen den nächsten Rundbrief bereits in dieser Form zusenden können. Unsere e-mail-Adresse lautet: info@bund-marburg.de. Bisher erhalten etwa 50 Mitglieder den Rundbrief per e-mail. Wir können uns vorstellen, dass diese Zahl noch deutlich wachsen kann.

Solche Mitglieder, die uns **nicht** mitteilen, dass sie den Rundbrief in der e-mail-Version bekommen möchten, erhalten ihn natürlich weiterhin als gedruckte Broschüre. Doppelsendungen wird es nicht geben.

Im Vorgriff auf die Überarbeitung und Anpassung unserer homepage an die des Landes- und Bundesverbands dürfen wir unseren Mitgliedern schon mitteilen, dass wir künftig den Rundbrief auch auf die homepage stellen,



Traude Ackermann

BUND Adressen
Kreisverband MR-BIED

Krummbogen 2
35039 Marburg
Tel.: 0 64 21 - 67363
info@bund-marburg.de
Mo., Di., Do., u. Fr. 9:00-13:00

Landesverband Hessen

Ostbahnhofstr. 13
60314 Frankfurt/Main
Tel.: 0 69 - 67 73 76 0
Fax: 0 69 - 67 73 76 20
bund.hessen@bund.net

Bundesverband

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: 0 30 - 27 58 64 0
Fax: 0 30 - 27 58 64 40
presse@bund.net

**Biedenkopf,
Dautphetal**

Matthias
Landgrafenstr.
35216
Tel.: 0 64 21 - 4956 (p)
Email: schneidm1@gmx.de
0174/3929220

Treffen: nach Bedarf**Breidenbach, Gladenbach, Lohra, Bad Marburg
Endbach**

Schneider Michael Jünemann,
2 Pfarrstraße 100 a,
Biedenkopf 35102 Lohra
Tel.: 06426-967644
Treffen: nach Bedarf

Ingmar Kirck
Altes Schloß 8
35043 Marburg
Tel.: 06421- 948116
Email: ikirck@web.de
Treffen: erfragen

**Cölbe, Lahntal, Münchhausen, Weimar
Wetter**

Heike Vetter
Obere Bahnhofstr. 6
35094 Lahntal
Tel.: 0 64 20/82 25 35
Email: Vetter.Heike@freenet.de
Treffen: meist 1. Do. im Monat

Siegfried Koch
Waldstr. 6
35096 Weimar
Tel.: 0 64 26 - 59 55
Email: mail@sikoch.de
Treffen: nach Bedarf

Ebsdorfergrund

Reinhard Otto
6 Sembergsweg 2
35085 Ebsdorfergrund
Tel.: 0 64 24 - 39 86
Treffen: nach Bedarf

**Kirchhain, Amöneburg, Rau-
schenberg**

Dr. Ralph Büchler
Hintergasse 30
35274 Kirchhain-Langenstein
Tel.: 0 64 22 - 18 38
Email:
ralph.buechler@t-online.de
Treffen: 1. Mittwoch 20:00

Wohratal

Harald Homberger
Heimbacher Weg 3
35288 Wohratal
Tel.: 0 64 53 - 16 99
Email:
harald-carmen@web.de
Treffen: nach Bedarf

**Neustadt und seine Ort-
steile**

Michael Krieger Krieger-
gasse 2
35279 Neustadt
Tel.: 06692 202833
Email:
mi.krieger@web.de
Treffen: nach Bedarf



Förderprogramm

Energie sparen und Umwelt schonen!

- Stromeinsparmaßnahmen
 - Wechsel zu Erdgas und Solarthermie, Mikro-KWK, Gaswärmepumpe
 - Erdgas-Kraftfahrzeuge
 - Elektromobilität

Bereits mehrfach mit „sehr gut“
vom BUND-Hessen ausgezeichnet



STADTWERKE  MARBURG

06421/205-505 ● www.stadtwerke-marburg.de